

# Dänemarks wirtschaftspolitische Reaktion auf die Besetzung des Landes 1940/41

*Ruth Meyer-Gohde*

## **Zusammenfassung**

Auf der Grundlage neuer dänischer Forschungsergebnisse zur Besatzungszeit gibt dieser Aufsatz einen Überblick über Dänemarks wirtschaftliche Situation sowie die politische Reaktion auf die Frage nach der Anpassung an und Kollaboration mit Deutschland. Die Sonderstellung Dänemarks unter den von Deutschland besetzten Ländern führte zu einer Auseinandersetzung mit den deutschen Plänen einer „Neuordnung Europas“, was vor allem im ökonomischen Bereich Konsequenzen zeigte. Erstmals werden in der neuesten dänischen Forschungsliteratur die wirtschaftspolitischen Aspekte der Besatzungszeit in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Anhand dieser Literatur lassen sich sowohl Verbindungslinien zur Vorkriegszeit als auch Formen der wirtschaftlichen Kollaboration während des Krieges zeigen.

## **Summary**

Based on recent Danish research, this article will provide an overview of the Danish economic situation during the occupation by Germany as well as the political reaction motivated by the question of conformity and collaboration. The unique position that Denmark held among the countries occupied by Germany led to a confrontation – especially in economic arenas – with the German plans for a “New Order” of Europe. For the first time, the political-economic aspects of the occupation have become the centre of attention within the newest Danish literature. Based on these results, both the continuity with the pre-war period and the forms of economic collaboration during the war can be discerned.

---

Ruth Meyer-Gohde studiert Skandinavistik und Neuere Deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin und erhielt 2005 ein dänisches Staatsstipendium für einen Auslandsaufenthalt an der Universität in Kopenhagen.

## Einleitung

Als deutsche Truppen am 9. April 1940 in Dänemark einmarschierten, entschied sich die dänische Regierung nahezu umgehend dazu, nicht in die Reihe der gegen Deutschland Krieg führenden Länder einzutreten und eine Besetzung – wenngleich unter Protest – zu dulden. Dänemark erhielt den Sonderstatus einer „friedlichen Besetzung“, welcher das Versprechen von deutscher Seite beinhaltete, die territoriale Integrität sowie politische Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten.<sup>1</sup> Der Auftrag der Wehrmacht im Lande sollte rein militärischer Art sein, was bedeutete, dass den militärischen Behörden nicht wie ansonsten üblich die ausübende Gewalt übertragen wurde. Die Verwaltung des Landes sollte weiterhin in dänischer Verantwortlichkeit liegen, und der Gesandte des Auswärtigen Amtes in allen nichtmilitärischen Angelegenheiten als Verbindungsglied zwischen deutscher und dänischer Regierung dienen.<sup>2</sup> Diese Tatsache begünstigte eine rationale und nicht-ideologische Verhandlungspolitik, welche auf den Erfahrungen des Neutralitätskurses der dreißiger Jahre aufbaute und damit auf Kontinuitätslinien in den deutsch-dänischen Beziehungen setzte.<sup>3</sup>

Für Dänemark bedeutete diese besondere Lage konkret, dass die Regierung im Amt belassen wurde und die Beziehungen zu Deutschland zum Großteil weiterhin auf diplomatischen Verhandlungen basierten. Die dänischen politischen Entscheidungsträger befanden sich damit in der Position, einen politischen Kurs wählen zu müssen, welcher dieser Sonderstellung gerecht wurde. Zum einen sollte der Status quo aufrechterhalten oder womöglich sogar verbessert werden, d. h. die Kollaboration mit Deutschland einschließen, zum anderen sollten die Überlegungen und Handlungsschritte der Entscheidungsträger die nationalen Interessen bestmöglich berücksichtigen. Die Folgen dieser Entscheidungen werden auf eindrucksvolle Weise deutlich, wenn man sich die wirtschaftliche Situation Dänemarks nach Ende der Besetzung vergegenwärtigt. Dänemark hatte nicht nur den Zugang zu seinem größten Exportmarkt Großbritannien verloren, sondern auch die Unterbrechung der etablierten Versorgungskette mit Rohstoffen hin-

<sup>1</sup> Poulsen, Henning: „Den tyske besættelsespolitik“. In: Hans Kirchhoff u. a. (Hgg.): *Gads Leksikon om Dansk Besættelsestid 1940-45*. Kopenhagen 2002, 47–52, hier 47.

<sup>2</sup> Ebd., 47.

<sup>3</sup> Kirchhoff, Hans: „Forhandlings- og samarbejdspolitikken“. In: Kirchhoff 2002, wie Fußnote 1, 155–161, hier 156.

nehmen müssen.<sup>4</sup> Die dänische Wirtschaft war von Deutschland als Importeur von Landwirtschafts- und Industrieprodukten sowie als Lieferant von wichtigen Rohstoffen abhängig geworden.

Neben diesen für Dänemarks Wirtschaft unmittelbar existentiellen Problemen spielte auch eine weitere Fragestellung eine Rolle, und zwar die Beschäftigung mit Deutschlands Plänen einer „Neuordnung Europas“. Nach dem Sieg der Wehrmacht über Frankreich im Sommer 1940 nahm die Idee eines „Großwirtschaftsraums“, welche eine Anpassung der Volkswirtschaften in den besetzten Gebieten an Deutschland vorsah, konkrete Formen an. Auf dänischer Seite sah man vor allem in dieser Zeit bis zum Beginn der „Operation Barbarossa“ 1941 dringende Aktualität für eine Auseinandersetzung mit den deutschen Neuordnungsplänen. Sollte Dänemark über die gegebenen Notwendigkeiten hinaus mit Deutschland kollaborieren, um sich frühzeitig eine gute Startposition in einem unter deutscher Vormachtstellung etablierten „Großwirtschaftsraum“ zu sichern? Dieser Aufsatz fokussiert aufgrund der Bedeutung dieser Überlegungen für das erste Besatzungsjahr auf die Zeit 1940-41.

Die politischen Fragestellungen dieser Zeit, welche sich durch die Besetzung Dänemarks zum einen Teil unmittelbar ergaben, zum anderen Teil eine längerfristige politische Entscheidung verlangten, werden hier vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation Dänemarks und der wirtschaftspolitischen Überlegungen der dänischen Regierung beleuchtet. Overy hat darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsgeschichte des besetzten Europas zwischen 1939 und 1945 zum Großteil aus einem auf Deutschland und dessen Ausbeutung der besetzten Gebiete gerichteten Blickwinkel heraus untersucht worden ist. Eine andere Herangehensweise stellt nach Overy die Untersuchung der regionalen Wirtschaften und ihr Überleben unter deutscher Besatzung dar.<sup>5</sup> In diesem Sinne liegt das Hauptaugenmerk dieser Arbeit auf der dänischen Perspektive.

<sup>4</sup> Vgl. Hansen, Per H.: „Business as Usual? The Danish Economy and Business during the German Occupation“. In: Harold James und Jakob Tanner (Hgg.): *Enterprise in the Period of Fascism in Europe*. Aldershot / Burlington 2002, 115–143, hier 116.

<sup>5</sup> Overy, Richard J.: „The Economy of the German ‘New Order’“. In: Richard J. Overy u. a. (Hgg.): *Die „Neuordnung“ Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten*. Berlin 1997, 11–28.

## Forschungslage

Die Zeit der deutschen Besatzung zwischen 1940 und 1945 ist in Dänemark von verschiedenen Blickpunkten aus erforscht und beschrieben worden, weshalb sie häufig als die besterforschte Periode der Geschichte des Landes charakterisiert wird. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Besatzungszeit wurde durch die Einrichtung der *Udgiverselskab for Danmarks nyeste Historie (DNH)* im Jahre 1961 angestoßen; ein Blick auf die Reihe der Publikationen zum Thema zeigt aber auch in neuester Zeit eine kaum überschaubare Zahl an Neuerscheinungen. Stellvertretend für die neuesten Übersichtswerke zur Besatzungszeit sei hier Bundgård Christensen<sup>6</sup> genannt; ein aktueller Forschungsüberblick findet sich bei Roslyng-Jensen.<sup>7</sup> Hansen und Trommer machten Mitte der neunziger Jahre jedoch auf die ungenügende Forschungslage im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aspekte der Besatzungszeit aufmerksam.<sup>8</sup> Große Aufmerksamkeit wurde daher einem im Jahr 2000 an der *Copenhagen Business School* initiierten Projekt zur Erforschung von ökonomischen und wirtschaftspolitischen Aspekten der Besatzungszeit zuteil.<sup>9</sup> Die Beachtung, die die Auseinandersetzung mit der Rolle der großen dänischen Wirtschaftszweige Industrie und Landwirtschaft sowie der Politiker, welche die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen schufen, hervorrief,

<sup>6</sup> Bundgård Christensen, Claus u. a.: *Danmark besat – krig og hverdag 1940-45*. Kopenhagen 2005.

<sup>7</sup> Roslyng-Jensen, Palle: „Besættelseslitteraturen 2001-2006. Postmodernistisk variation og fortsæt hausse“. In: *Historisk Tidsskrift* 106 (2006), 198–242.

<sup>8</sup> Hansen, Per H.: „Dansk økonomi under besættelsen: Ved vi nok?“ In: *Den jyske Historiker* 73 (1996), 33–54, hier 34; Trommer, Aage: „Hvad har vi naaet og hvad mangler vi“. In: Knud J.V. Jespersen und Thomas Pedersen (Hgg.): *Besættelsen i perspektiv. Bidrag til konference om besættelsestiden 1940-1945*. Odense 1995, 11–26, hier 18. Bereits 1971 hatte Jensen die deutsch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen der ersten Kriegsjahre untersucht; von Nissen erschien 1973 eine Abhandlung zur dänischen Kollaborationspolitik, die u. a. die deutsch-dänischen Verhandlungen zur Zoll- und Währungsunion aufzeichnet: Jensen, Sigurd: *Levevilkår under besættelsen. Træk af den økonomiske og sociale udvikling i Danmark under den tyske besættelse 1940-45*. Haslev 1971; Nissen, Henrik S.: *1940. Studier i forhandlingspolitikken og samarbejdspolitikken*. Kopenhagen 1973.

<sup>9</sup> Forschungsprojekte der Copenhagen Business School ([http://www.cbs.dk/forskning\\_viden/fakulteter\\_institutter\\_centre/institutter/oekonomi/cvh/menu/forskningsprojekter](http://www.cbs.dk/forskning_viden/fakulteter_institutter_centre/institutter/oekonomi/cvh/menu/forskningsprojekter); 12. April 2006); siehe auch Lund, Joachim und Ole Lange: „Besættelsestidens erhvervsmæssige og økonomiske forhold“. In: *Nyhedsbrev* (<http://www.teknik-og-kultur.dk/8-180.htm>; 12. April 2006).

erklärt sich nicht zuletzt durch die bisherige Unterbelichtung dieses Forschungsreichs.

In der neuesten dänischen Literatur wird versucht, Forschungsergebnisse verstärkt aus dem historischen Kontext der Besatzungszeit heraus zu betrachten, um ein realistisches Bild dieser Zeit und ihrer Beurteilung durch die Zeitgenossen zu zeichnen.<sup>10</sup> Das bedeutet vor allem auch die Untersuchung und Interpretation historischer Fakten, die bislang im Rückblick als wenig relevant angesehen wurden. Als Beispiel sei hier nur die Beschäftigung mit dem Regierungsausschuss für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland genannt, dessen Arbeit von Andersen im Gegensatz zu älteren Auffassungen als historisch aufschlussreich bewertet worden ist.<sup>11</sup> Andersen untersucht in seiner 2003 erschienenen Monographie die Reaktion politischer Akteure auf die Besetzung Dänemarks und zeichnet die wirtschaftspolitischen Überlegungen des ersten Besatzungsjahres nach, welche von einer erwarteten „Neuordnung“ der europäischen Wirtschaft unter deutscher Vormachtstellung und Anpassungsbestrebungen Dänemarks geprägt waren.<sup>12</sup> Andersens Quellenmaterial besteht zum großen Teil aus früher nicht zugänglichem Archivmaterial des dänischen Außenministeriums. Die im Rahmen des Projekts zur Erforschung der wirtschaftlichen Situation Dänemarks während des Zweiten Weltkrieges erschienene Studie von Joachim Lund<sup>13</sup> stellt die dänischen wirtschaftspolitischen Überlegungen zwischen Anpassung an nationalsozialistische Großraumpläne und Selbstbestimmung dar und zeigt die Entwicklungslinien der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern vor dem Krieg auf. Lund diskutiert Kontinuität und Wandel der wirtschaftlichen Beziehungen während der Besatzung auf der Grundlage eines umfangreichen Quellenmaterials aus sowohl deutschen als auch dänischen Archiven. Die Monographie umfasst einen zweiten Teil, in

<sup>10</sup> Andersen, Steen: *Danmark i det tyske Storrøm. Dansk økonomisk tilpasning til Tysklands nyordning af Europa 1940-41*. Kopenhagen 2003, 9ff.

<sup>11</sup> Andersen, Steen: „Forberedelsen af en handelspolitisk tilpasning til nyordningen. Udvalget for økonomisk Samarbejde med Tyskland 1940-41“. In: Henrik Dethlefsen und Henrik Lundbak (Hgg.): *Fra mellemkrigstid til efterkrigstid. Festskrift til Hans Kirchhoff og Henrik S. Nissen på 65-årsdagen oktober 1998*. Kopenhagen 1998, 205–230, hier 206; vgl. Nissen 1973, wie Fußnote 8, 400, der der Arbeit des Ausschusses aufgrund ihres hypothetischen Charakters keine größere Bedeutung zumisst.

<sup>12</sup> Andersen 2003, wie Fußnote 10.

<sup>13</sup> Lund, Joachim: *Hitlers Spisekammer. Danmark og den europæiske nyordning 1940-43*. Viborg 2005.

dem die dänischen Initiativen im Osten, welche nach der deutschen Invasion der Sowjetunion konkrete Formen annahmen, diskutiert werden.<sup>14</sup> Mogens R. Nissen geht in seiner Studie zur Rolle der dänischen Landwirtschaft der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges für Bevölkerung und Besatzungsmacht nach und diskutiert den Einfluss Deutschlands auf die Agrarproduktion.<sup>15</sup> Im Rahmen dieser Arbeit besonders aufschlussreich ist die Analyse der Kontinuitätslinien in der institutionellen Verknüpfung der deutschen und dänischen Seite. Nissen demonstriert in seiner Abhandlung die enge Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Regierung und Besatzungsmacht in handelspolitischen Abkommen. Das Einbeziehen von Entwicklungslinien stellt den Versuch der neuen Historikergeneration dar, die Besatzungszeit nicht mehr als in sich abgeschlossen zu betrachten, sondern Konfliktpunkte anhand politischer Bedingungen und Veränderungen, welche in die dreißiger Jahre oder weiter zurück reichen, zu analysieren.

Außerhalb Dänemarks finden sich bisher keine Publikationen, die diese neuesten Forschungsergebnisse<sup>16</sup> berücksichtigen. Die einzige umfassende nicht-dänischsprachige Darstellung der deutsch-dänischen Wirtschaftskollaboration während des Zweiten Weltkrieges findet sich in der 1998 erschienenen Dissertation von Giltner, die sich jedoch primär mit der Rolle des Wehrwirtschaftsstabs Dänemark beschäftigt.<sup>17</sup> In deutscher Sprache enthält Thomsens Darstellung der deutschen Besatzungspolitik in Dänemark von 1971 ein Kapitel zur Zoll- und Währungsunion sowie eine Beschreibung

<sup>14</sup> Vgl. dazu auch Lund, Joachim: „Lebensraum og kollaboration 1941-43“. In: *Den jyske Historiker* 71 (1995), 19–40.

<sup>15</sup> Nissen, Mogens R.: *Til fælles bedste – det danske landbrug under besættelsen*. Kopenhagen 2005.

<sup>16</sup> Eine weitere übergeordnete Fragestellung, die sich in den genannten neueren Publikationen und in der aktuellen Debatte in Dänemark widerspiegelt, ist die Frage nach der tatsächlichen (nicht nur politischen) Bedeutung der dänischen Produktion für die deutsche Kriegswirtschaft. Die Frage, ob Dänemark tatsächlich als Hitlers „Speisekammer“ galt, wird vor allem von Brandenburg Jensen kontrovers diskutiert; im Rahmen dieser Arbeit kann und soll sie jedoch nicht näher untersucht werden. Brandenburg Jensen, Ole: *Besættelsestidens økonomiske og erhvervsmæssige forhold: Studier i de økonomiske relationer mellem Danmark og Tyskland 1940-45*. Odense 2005.

<sup>17</sup> Giltner, Philip: *“In the Friendliest Manner”*. *German-Danish Economic Cooperation During the Nazi Occupation of 1940-1945*. New York u. a. 1998.

der Nutzbarmachung der dänischen Wirtschaft durch Deutschland.<sup>18</sup> Eine Analyse der rein ökonomischen Seite der Beziehungen zwischen den beiden Ländern findet sich bei Winkel.<sup>19</sup> Das Erkenntnisinteresse des Autors ist hier allerdings auf die Frage nach dem Charakter der wirtschaftlichen Aktivitäten Deutschlands in Dänemark beschränkt. Die Herangehensweise ist sowohl bei Thomsen als auch bei Winkel durch einen zum großen Teil auf Deutschland zentrierten Blick bestimmt. In der neuesten dänischen Forschungsliteratur von Andersen, Lund und Nissen rücken verstärkt die nationalen Reaktionen und Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft des besetzten Landes in den Mittelpunkt.

### Kollaborationsbegriff

Zunächst ist der umstrittene Begriff der Kollaboration zu klären.<sup>20</sup> Entgegen der nach 1945 stark negativ aufgeladenen Konnotation des Kollaborationsbegriffes wird dieser heute in der Forschung zumeist neutral verwendet und als Synonym für die „mehr oder weniger freiwillige Anpassung an die Umstände unter deutscher Besatzung“ gebraucht.<sup>21</sup> Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit den wirtschaftspolitischen Überlegungen der dänischen Entscheidungsträger und basiert daher auf einem besser eingrenzba- ren politologischen Kollaborationsbegriff. Dethlefsen unterscheidet in seiner Begriffsstudie zwischen einem *soziologischen Anpassungsbegriff* zur Analyse der Bevölkerung ohne politische Macht und einem *politologischen Kollaborationsbegriff*.<sup>22</sup> Letzteren zieht er zur Analyse des Verhaltens der politischen Machthaber heran, welche auch unter dem Druck der Besatzung noch die Möglichkeit und den Willen hatten, ihre Macht innerhalb eines gewissen Spielraumes auszuüben. Der politologische Kollaborationsbegriff drückt den Willen zur Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht aus.

<sup>18</sup> Thomsen, Erich: *Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940-1945*. Düsseldorf 1971 (= Studien zur modernen Geschichte; 4).

<sup>19</sup> Winkel, Harald: „Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Dänemarks in den Jahren der Besetzung 1940-1945“. In: Friedrich-Wilhelm Henning (Hg.): *Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik*. Berlin 1976 (= Schriften des Vereins für Socialpolitik; 89), 119–174.

<sup>20</sup> Vgl. Übersicht bei Dethlefsen, Henrik: „Mellem attentisme og aktivisme. Synspunkter på den politiske kollaboration 1939-43“. In: *Historisk Tidsskrift* 89 (1989), 78–127, hier 81ff.; Andersen 2003, wie Fußnote 10, 21ff.

<sup>21</sup> Dethlefsen 1989, wie Fußnote 20, 83.

<sup>22</sup> Ebd., 88.

Diese Zusammenarbeit kann zum einen der Sicherung der Kontinuität in Staat und Gesellschaft dienen, zum anderen kann sie aber auch zur Ausweitung des Einflusses zur Durchführung politisch-wirtschaftlicher Änderungen beitragen.<sup>23</sup> Bei der Staatskollaboration unterscheidet Dethlefsen zwischen einem defensiven, auf Zeit spielenden *Attentismus* und einem offensiven, den Forderungen der Besatzungsmacht zuvorkommenden *Aktivismus*.<sup>24</sup>

## Die dänische Wirtschaft vor 1940

Die dänische politische Reaktion auf die Besetzung muss vor dem Hintergrund der Entwicklung der dänischen Wirtschaft vor 1940 sowie der ökonomischen Beziehungen zu Deutschland gesehen werden. Aus deutscher Sicht lag Dänemarks Bedeutung – abgesehen von seiner strategischen Position – vor allem in seiner Landwirtschaft. Das Land wurde noch im August 1940 in einem Bericht des Wirtschaftsministeriums als eine hauptsächlich auf Agrarwirtschaft basierende Wirtschaft mit einer noch sehr unterentwickelten Industrie angesehen.<sup>25</sup> Zwar machten landwirtschaftliche Produkte auch zu Beginn des Zweiten Weltkrieges das Gros des dänischen Exports aus,<sup>26</sup> die Auffassung, dass Dänemarks Wirtschaft fast ausschließlich agrarisch war, ließ jedoch die Zeit zwischen den Weltkriegen außer Acht;<sup>27</sup> eine Zeit, in welcher die dänische Wirtschaft große Veränderungen erlebte.

Während die dänische Wirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch überwiegend landwirtschaftlich dominiert war, gewann der Industriesektor in der Folgezeit erheblich an Bedeutung.<sup>28</sup> Landwirtschaft und Fischerei machten 1914 noch knapp ein Drittel des BNP aus; im Jahre 1939 aber hatte sich der Industriesektor von knapp 19 Pro-

<sup>23</sup> Ebd., 88f.; Andersen 2003, wie Fußnote 10, 22.

<sup>24</sup> Dethlefsen 1989, wie Fußnote 20, 91.

<sup>25</sup> Vgl. Lund 2005, wie Fußnote 13, 60f.

<sup>26</sup> Der Export von Agrarprodukten belief sich im Jahr 1939 auf 73 Prozent der Gesamtausfuhr. Siehe: Henriksen, Ole Bus und Anders Ølgaard: *Danmarks Udenrigshandel 1874-1958*. Kopenhagen 1960, 50ff.

<sup>27</sup> Diese Auffassung findet sich aber auch noch in der Literatur: vgl. Volkmann, Hans-Erich: „Landwirtschaft und Ernährung in Hitlers Europa 1939-1945“. In: Ders.: *Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik. Ausgewählte Schriften*. München 2003 (= Beiträge zur Militärgeschichte; 58), 365–442, hier 390.

<sup>28</sup> Vgl. Giltner 1998, wie Fußnote 17, 56ff.



zent im Jahr 1914 auf 27 Prozent des BNP vergrößert, während die Landwirtschaft nur noch gut 18 Prozent des BNP darstellte.<sup>29</sup> Die dänische Industrie spezialisierte sich vor allem auf Produkte mit hoher inländischer Wertschöpfung, was einem Land zugute kam, das nahezu alle industriellen Rohstoffe importieren musste.

Der Verlust des Zugangs zu ausländischen Märkten und damit zu wichtigen Rohstoffquellen stellte somit eine Gefahr für Dänemark dar. Im Ersten Weltkrieg war die dänische Wirtschaft durch eine britische Blockade schwer erschüttert worden. Die Aussichten im Falle eines neuen Krieges waren für Dänemark 1939 noch schlechter, da die Wirtschaft nun aufgrund ihrer Entwicklung in der Zwischenkriegszeit in gesteigertem Maße von ausländischen Lieferungen abhängig war. Ein deutliches Beispiel stellte der Kohleimport dar, welcher nach 1933 zu 80 Prozent aus Großbritannien kam.<sup>30</sup> Insgesamt erreichten die Importe aus Großbritannien bis 1937 einen Anteil an der Gesamteinfuhr von knapp 38 Prozent, während die Importe aus Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise eine gegenteilige Entwicklung verzeichneten und zeitweise auf 21 Prozent des dänischen Gesamtimports abfielen. Bei der Warenausfuhr stand Großbritannien ebenfalls als Dänemarks wichtigster Handelspartner da. In den späten zwanziger und den frühen dreißiger Jahren gingen zwischen 60 und 65 Prozent des dänischen Gesamtexports nach Großbritannien, während auf Deutschland nur zwischen 13 und 20 Prozent entfielen. Ab 1934 fand hier allerdings eine Trendwende statt, der Exportanteil nach Großbritannien ging zurück, während der Anteil nach Deutschland leicht zunahm. Trotzdem entfielen 1939 noch gut 52 Prozent des Gesamtexports auf Großbritannien und nur etwa 23 Prozent auf Deutschland.<sup>31</sup>

Die protektionistische Handelspolitik in Deutschland und Großbritannien zu Beginn der dreißiger Jahre führte in Dänemark zu Exportschwierigkeiten. Um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bewältigen, fand eine Abkehr vom liberalen Wirtschaftssystem hin zu mehr Staatslenkung statt.<sup>32</sup> Ab 1932 wurden Entscheidungen über Produktion und Export von landwirtschaftlichen Produkten durch vom Agrarministerium

<sup>29</sup> Johansen, Hans Christian: *Dansk historisk statistik 1814-1980*. Viborg 1985, 392–393 (*Nationalregnskabsstatistik*).

<sup>30</sup> Johansen, Hans Christian: *The Danish Economy In the Twentieth Century*. New York 1987, 60.

<sup>31</sup> Statistische Angaben siehe: Henriksen und Ølgaard 1960, wie Fußnote 26, 44f.

<sup>32</sup> Johansen 1987, wie Fußnote 30, 48f.

eingesetzte Ausschüsse gefasst.<sup>33</sup> 1934 gingen Dänemark und Deutschland ein Handelsabkommen zur Festlegung des genauen jährlichen Warenaustausches ein, welches als Konsequenz der neuen staatsgelenkten Wirtschaftspolitik in den beiden Ländern zu verstehen ist und welches den Rahmen des deutsch-dänischen Handels für die nächsten zehn Jahre darstellen sollte.<sup>34</sup> Das Abkommen basierte auf dem Prinzip des *clearing*: Der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern sollte abgestimmt und nach genauen Abmachungen ausgeglichen werden. Die Bezahlung der Lieferungen sollte über ein Clearingkonto bei den staatlichen Kreditinstituten abgewickelt werden. Gleichzeitig wurde ein deutsch-dänischer Regierungsausschuss für Handelsabkommen gegründet, welcher die Durchführung der Abkommen kontrollieren sollte. Beachtenswert ist, dass eben dieser Ausschuss auch während der Besatzungszeit die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder koordinieren würde.<sup>35</sup>

### **Die Lage der dänischen Wirtschaft nach der Besetzung und die politische Reaktion**

Durch den Verlust des Handelswegs nach Großbritannien ergaben sich unmittelbare Schwierigkeiten für die dänische Wirtschaft. Dies galt nicht nur für die Versorgung mit Rohstoffen, sondern auch für den Export, stellte Großbritannien doch den bei weitem größten Absatzmarkt Dänemarks dar. Im April und Mai 1940 fanden in Kopenhagen und Berlin zwei Treffen des deutsch-dänischen Ausschusses für Handelsabkommen statt. Die Verhandlungen führten zu der massiven Umlenkung des dänischen Exports an Agrarprodukten nach Deutschland und im Gegenzug zur Zusicherung eines Mindestumfangs an Rohstofflieferungen aus Deutschland.<sup>36</sup> Allerdings kam diese Vereinbarung nicht ohne deutliche Zugeständnisse Dänemarks zustande. Am bedeutendsten war vielleicht die Zusage, dänische Arbeiter für Deutschland anzuwerben, eine Zusage, die vor allem aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit im Lande und der Abhängigkeit in der Energieversorgung begünstigt wurde. Es sollten zunächst lediglich 6.000 Arbeiter angeworben werden. Diese Zahl stieg im Laufe des Krieges aber

<sup>33</sup> Nissen 2005, wie Fußnote 15, 42f.

<sup>34</sup> Lund 2005, wie Fußnote 13, 35.

<sup>35</sup> Ebd., 35f.; Thomsen 1971, wie Fußnote 18, 58.

<sup>36</sup> Jensen 1971, wie Fußnote 8, 43. Im Jahr 1940/41 stieg der Export nach und Import aus Deutschland auf weit über 70 Prozent des Gesamthandels an, während der Handel mit Großbritannien auf Null fiel, vgl. Henriksen und Ølgaard 1960, wie Fußnote 26, 44f.

deutlich an; 1941 waren bereits über 64.000 nach Deutschland ausgereist.<sup>37</sup> Die Rohstofflieferungen aus Deutschland, welche über die in den Jahren zuvor geltenden Mengen hinausgingen, waren vor allem für diejenigen Unternehmen bestimmt, die Waren von Interesse für Deutschland produzierten.<sup>38</sup>

Die Statistik zeigt für diese Zeit ein Wachstum der Eisen- und Stahlindustrie, welches relativ weit über der gesamten industriellen Produktion liegt. Ähnliches lässt sich für den Konserven- und Zuckerexport sagen, der unter der Besetzung ein starkes Wachstum zu verzeichnen hatte.<sup>39</sup> Andere wichtige dänische Exportgüter wie vor allem Fleischprodukte litten unter der mangelnden Zufuhr von wichtigen Rohstoffen wie Kraftfutter und Düngemitteln.<sup>40</sup> Aus Sorge vor einer Inflation, die in Dänemark während des Ersten Weltkrieges vor allem aufgrund von unausgeglichenen Zahlungsbilanzen außer Kontrolle geraten war, traf die Regierung 1940 Maßnahmen, um die Preisentwicklung durch die Einführung von Maximalpreisen zu überwachen.<sup>41</sup> Ein erhöhter Notenumlauf und damit die Gefahr der Inflation ergab sich während der deutschen Besetzung vor allem daraus, dass die dänische Nationalbank für Kosten der Wehrmacht und für Lieferungen dänischer Unternehmen aufkommen musste, welche von Deutschland über das Clearingkonto nicht beglichen wurden.<sup>42</sup>

Die Reaktion der dänischen Regierung auf die Besetzung war von dem Bemühen geprägt, das Überleben und einigermaßen reibungslose Funktionieren der Wirtschaft sicherzustellen. Nissen weist im Kontext der Treffen des deutsch-dänischen Ausschusses für Handelsabkommen auf die auch unter den neuen Umständen erstaunliche Kontinuität in den Verhandlungen hin, welche er mit der gegenseitigen Kenntnis der

<sup>37</sup> Stræde, Therkel: „Tysklandsarbejdere“. In: Kirchhoff 2002, wie Fußnote 1, 478–482, hier 479f.

<sup>38</sup> Hansen, Per H.: „Ekstraordinære industrileverancer“. In: Kirchhoff 2002, wie Fußnote 1, 121–122, hier 121.

<sup>39</sup> Henriksen und Ølgaard 1960, wie Fußnote 26, 50ff.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., 71f.; Just, Flemming: „Landbruget“. In: Kirchhoff 2002, wie Fußnote 1, 309–313, hier 309. Eine genauere Untersuchung der Entwicklung der einzelnen dänischen Produktionszweige auch unter Berücksichtigung der Preisentwicklungen könnte sehr aufschlussreich sein, da sich zur Bewertung der Lage der dänischen Wirtschaft sehr unterschiedliche Auffassungen in der Literatur finden. Vgl. Fußnote 13; siehe auch: Hansen 1996, wie Fußnote 8, 40.

<sup>41</sup> Hansen 1996, wie Fußnote 8, 48.

<sup>42</sup> Ebd., 49; Thomsen 1971, wie Fußnote 18, 58.

Verantwortlichen und dem beidseitigen wirtschaftlichen Interesse, den Export Dänemarks nach Deutschland zu maximieren, begründet.<sup>43</sup> Im Oktober 1940 fasste der dänische Premierminister Stauning diese Haltung in einer Radioansprache zusammen:

Es besteht wohl allgemein Einigkeit darüber, dass wir hierzulande Grund zur Zufriedenheit haben mit der Art und Weise, in der unsere Verhandlungen mit Deutschland über unsere wirtschaftlichen Beziehungen stattfinden. Es hat zur Erleichterung der Verhandlungen beigetragen, dass die Profitgier, welche als charakteristisch für den letzten Krieg angesehen werden muss, heute unbekannt ist. Regierung und Wirtschaft wünschen nur die Aufrechterhaltung von gesunden wirtschaftlichen Zuständen im Land [...].<sup>44</sup>

Aus Staunings Aussage lässt sich die Grundstimmungen der Regierung Stauning-Scavenius und somit die politische Reaktion auf die veränderte Lage der Wirtschaft herauslesen. Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges wird als Negativbeispiel herangezogen und die aktuelle wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Deutschland aufgrund von diplomatischen Verhandlungen gelobt. Auffallend ist auch das Gewicht, das Stauning auf Einstimmigkeit und Zusammenarbeit von Regierung und Wirtschaft legt. Die Voraussetzung für die Verknüpfung von Wirtschaft und Politik lag in der Regulierungspolitik der dreißiger Jahre, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft bereits vor Beginn des Krieges legitimiert und die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen hatte.

Die deutsch-dänischen Handelsgespräche im April und Mai 1940 standen ganz im Zeichen der dänischen Bemühungen, das Überleben der Wirtschaft und die dafür notwendigen Rohstofflieferungen sicherzustellen. Die Zugeständnisse an Deutschland, die dafür eingegangen werden mussten, erfolgten zögernd, wie das Beispiel der Arbeiteranwerbung zeigt. Diese ersten Verhandlungen mit Deutschland dienten dem Zweck der Sicherung der Kontinuität in Staat und Gesellschaft, was der Definition des politischen Kollaborationsbegriffes entspricht. Dieses Verhalten war zu Beginn der Be-

<sup>43</sup> Nissen 2005, wie Fußnote 15, 29f., 195.

<sup>44</sup> „Der er vist almindelig Enighed om, at der her i Landet er Grund til Tilfredshed med de Former, under hvilke vore Forhandlinger med Tyskland om vore økonomiske Forhold finder Sted. Det har bidraget til at lette Forhandlingerne, at det Profitjageri, som vist maa siges at være karakteristisk for den sidste Krig, er ukendt i Dag. Fra Regering og Erhverv ønskes kun Opretholdelse af sunde Erhvervsforhold i Landet [...]”. „Staunings Radiotale om Samhandels- og Betalingsforhold med Tyskland” 3. Oktober 1940. In: *Frit Danmarks Hvidbog Bd. 1. Besættelsestiden i Dokumenter og Kommentarer*. Kopenhagen 1945, 99f.

satzung noch eher attentistisch geprägt.<sup>45</sup> Die Regierung ergriff Maßnahmen zur Anpassung der Wirtschaft an geänderte Zustände und verstärkte die staatliche Lenkung des Marktes, was sich beispielsweise in der Einführung von Preiskontrollen widerspiegelt. Mit dem deutschen Sieg über Frankreich im Juni 1940 musste die dänische Regierung die Hoffnung auf eine kurzfristige Besetzung jedoch aufgeben und sich auf eine längerfristige deutsche Vormachtstellung oder sogar einen deutschen Sieg einstellen, was die (politische) Notwendigkeit einer aktivistischeren Haltung in den Vordergrund treten ließ.<sup>46</sup>

### **Die wirtschaftspolitischen Anpassungsbestrebungen**

Die Kriegsgeschehnisse im Sommer 1940 und die daraus für Dänemark entstehenden Konsequenzen wurden von Außenminister Scavenius in seiner Antrittsrede vor der neu gebildeten dänischen Sammlungsregierung am 8. Juli 1940 folgendermaßen kommentiert:

Durch die großen deutschen Siege, die das Erstaunen und die Bewunderung der Welt erregt haben, ist eine neue Zeit in Europa entstanden, die eine neue Ordnung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht unter der Führung Deutschlands zur Folge haben wird. Es wird die Aufgabe Dänemarks sein, dabei seinen Platz in einer notwendigen und gegenseitigen aktiven Zusammenarbeit mit Großdeutschland zu finden.<sup>47</sup>

Diese Aussage Scavenius' weist auf die Bedeutung der deutschen Siege im Sommer 1940 für die weitere dänische Politik hin. In einem unter deutscher Vormachtstellung neu geordneten Europa sollte die Zusammenarbeit Dänemarks mit Deutschland also über Fragen der reinen Dringlichkeit bzw. Notwendigkeit hinausgehen. Es handelte sich nun vielmehr darum, die Rolle Dänemarks in diesem „neuen“ Europa auf lange Sicht zu planen und vorzubereiten. Dabei ging es neben der Wahrung der eigenen Souveränität und der Verhinderung einer Nazifizierung, wie sie z. B. in Norwegen

<sup>45</sup> Dethlefsen 1989, wie Fußnote 20, 104f.

<sup>46</sup> Ebd., 105.

<sup>47</sup> „Ved de store, tyske Sejre, der har slaaet Verden med Forbavselse og Beundring, er en ny Tid oprundet i Europa, der vil medføre en ny Ordning i politisk-økonomisk Henseende under Tysklands Førerskab. Det vil være Danmarks Opgave herunder at finde sin Plads i et nødvendigt og gensidigt, aktivt Samarbejde med Stortyskland“. „Scavenius Udtalelse ved Overtagelsen af Posten som Udenrigsminister, tiltraadt af den samlede Regering“ 8. Juli 1940. In: *Frit Danmarks Hvidbog* 1945, wie Fußnote 44, 96, Übersetzung nach Thomsen 1971, wie Fußnote 18, 21.

stattgefunden hatte, auch um die Schaffung günstiger Bedingungen für Dänemark. Dass die Änderungen, die Dänemark durchlaufen müsste, vor allem ökonomischer Art wären, erklärte Stauning in einer Rede am 19. Januar 1941:

Ich denke nicht an eine Umstellung des inneren Lebens des Staates, aber ganz gewiss wird es im ökonomischen Bereich einige Änderungen geben, und es wird vernünftig sein, sich auf die Änderungen einzustellen, die in dieser Hinsicht natürliche Folgen der Entwicklung sein werden.<sup>48</sup>

In seiner kontroversen Rede vom 8. März 1941 gab Stauning eine Einschätzung dieser zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisse:

Aber wie die nahe Zukunft sich auch gestaltet, denke ich, dass man damit rechnen muss, dass wir in neue europäische Verhältnisse eintreten mit ausgeweitetem Warenverkehr zwischen den Ländern, die der genannten Zentralmacht angehören, und ich denke mit relativ eingeschränkter Verbindung zur übrigen Welt, zumindest in der ersten Zeit.<sup>49</sup>

In Staunings Vorstellung der Zukunft war Deutschland die zentrale Macht, die die Handelsverbindungen in dem Maße kontrollierte, dass diese sich zumindest vorerst nur innerhalb der deutschen Einflussphäre abspielen würden. Die Bemühungen im Außenministerium, frühzeitig mit auf den „Neuordnungsexpress“<sup>50</sup> aufzuspringen, lassen sich vor dem Hintergrund dieser Zukunftsvorstellungen erklären. Da der dänischen Regierung natürlich kein klares und eindeutiges Bild der deutschen Neuordnungspläne vorlag, sah man eine Chance darin, selbst die Initiative zu ergreifen. Frühzeitige Verhandlungen über die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit könnten für Dänemark von Vorteil sein, da man dadurch die eigenen Positionen bereits vor Kriegsende und vor der Ausarbeitung konkreter Pläne von deutscher Seite aus deutlich machen

<sup>48</sup> „Jeg tænker ikke paa en Omstilling af Statens indre Liv, men ganske sikkert kommer Erhvervslivet ind i noget forandrede Baner, og det vil være rimeligt at imødegaa de Ændringer, som i saa Henseende vil blive naturlige Følger af Udviklingen.” „Staunings Tale ved politisk Folkemøde i Fyns Forum” 19. Januar 1941. In: *Frit Danmarks Hvidbog* 1945, wie Fußnote 44, 104 ff.

<sup>49</sup> „Men hvordan end den nærmeste Fremtid vil forme sig, tror jeg, man bør regne med, at vi rykker ind i nye europæiske Forhold med udstrakt Vareudveksling imellem de Lande, der hører til den nævnte Central, og jeg tænker med temmelig ringe Forbindelse med den øvrige Del af Verden, i hvert Fald i den første Tid.” „Stauning i Studenterforeningen om ’Tidens politiske Opgaver’” 8. März 1941. In: *Frit Danmarks Hvidbog* 1945, wie Fußnote 44, 106ff.

<sup>50</sup> Andersen 2003, wie Fußnote 10, 50.

könnte, sich also eine gewisse Mitgestaltungsmöglichkeit bei den Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit offen hielt.<sup>51</sup> Diese Überlegungen spielten eine wichtige Rolle sowohl in den Verhandlungen mit Deutschland als auch in den internen dänischen Ausarbeitungen und Gesprächen. Zeigen lässt sich dies am Beispiel der Verhandlungen über eine Zoll- und Währungsunion mit Deutschland als auch an der Arbeit des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, der Pläne zu den möglichen Formen der wirtschaftlichen Kooperation mit Deutschland ausarbeiten sollte.

### *Verhandlungen über eine Zoll- und Währungsunion*

Um ihren Willen zur Zusammenarbeit kundzutun, überreichte die dänische Regierung die Erklärung der neuen Sammlungsregierung vom 8. Juli 1940 auf offiziellem diplomatischem Wege in Berlin.<sup>52</sup> In Deutschland nahmen aufgrund des günstigen Kriegsverlaufs die Überlegungen zu einem Großwirtschaftsraum konkretere Formen an. Man stellte sich vor, Deutschland mit einer Reihe kleinerer Staaten zu umgeben, welche zwar formal ihre Selbständigkeit behielten, ökonomisch aber vollkommen an Deutschland gebunden sein sollten.<sup>53</sup> Dieses Ziel sollte zunächst durch das Eingehen von Zoll- und Währungsunionen, später dann durch noch weiter reichende Wirtschaftsunionen erreicht werden.<sup>54</sup> Die deutsch-dänischen Verhandlungen über eine Zoll- und Währungsunion im Juli und August 1940 werden in der Literatur als bis dahin konkretester Ausdruck der deutschen Neuordnungsbestrebungen angesehen.<sup>55</sup>

Trotz ihres letztendlichen Scheiterns sind die Verhandlungen aufschlussreich, was die Haltung der dänischen Verantwortlichen aus dem Außenministerium angeht. Das Ministerium nahm aufgrund der dänischen Sonderstellung und der Aufrechterhaltung diplomatischer Verhandlungen eine Schlüsselrolle in der Pflege der Beziehungen zu Deutschland ein.<sup>56</sup> Die Gespräche zur Zoll- und Währungsunion in Kopenhagen und Berlin machten schnell deutlich, dass die dänische Seite ein Abkommen über wirt-

<sup>51</sup> Ebd., 50f.

<sup>52</sup> Ebd., 57.

<sup>53</sup> Nissen 1973, wie Fußnote 8, 264.

<sup>54</sup> Ebd., 264.

<sup>55</sup> Vgl. Lund 2005, wie Fußnote 13, 73; Andersen 2003, wie Fußnote 10, 50.

<sup>56</sup> Andersen, Steen: „Udenrigsministeriet“. In: Kirchhoff 2002, wie Fußnote 1, 483–484, hier 483.

schaftliche Zusammenarbeit als vorteilhaft für Dänemark ansah, solange die eigene Souveränität dadurch nicht weiter gefährdet wurde. Die dänische Delegation hoffte, eine Aufwertung der Krone sowie ein festes Umrechnungsverhältnis zur Mark durchsetzen zu können, doch die deutschen Vorstellungen gingen so weit, dass man auf dänischer Seite eine vollständige Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit befürchtete.<sup>57</sup> Unstimmigkeiten gab es vor allem in der Frage, die Reichsmark als alleiniges Zahlungsmittel einzuführen, was von der dänischen Delegation nicht akzeptiert werden konnte. Diese verlangte ihrerseits, dass die dänischen Guthaben, welche sich aufgrund des unausgeglichenen Warenaustauschs angesammelt hatten, durch Warenlieferungen abgegolten werden sollten.<sup>58</sup> Die dänischen Verhandlungspartner wollten darüber hinaus einer Öffnung der Grenzen nicht zustimmen, solange der Krieg noch andauerte, während die deutsche Seite die Aufhebung aller Ein- und Ausfuhrverbote forderte.<sup>59</sup>

Die Verhandlungen wurden schließlich von dänischer Seite abgebrochen. Dies geschah aus der Machtposition heraus, welche Dethlefsen als Grundlage jeder politischen Kollaboration annimmt, dass nämlich die dänischen Verhandlungspartner weiterhin die Entscheidungsmöglichkeit besaßen, eine Zusammenarbeit abzulehnen. Dahinter stand vor allem der massive Widerstand der Parteien, die sich gegen Scavenius und das Außenministerium stellten und eine Zoll- und Währungsunion ablehnten.<sup>60</sup> Die Konsequenzen, die aus der Ausübung dieser Macht hätten entstehen können, wurden vor allem von Stauning und Scavenius als höchst brisant eingeschätzt. Solange Dänemark nicht die Macht besaß, seine Neutralität aufrechtzuerhalten, stellte die aktivistische Kollaboration ihrer Meinung nach die einzige Möglichkeit dar, eine Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und einen erheblichen Verlust der Souveränität zu verhindern.<sup>61</sup> Scavenius sah darüber hinaus Dänemarks Rolle nach dem Krieg gefährdet, wenn man sich nicht rechtzeitig eine gute Ausgangsposition im deutschen Großraum sicherte.<sup>62</sup> Um die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der Verhandlungen

<sup>57</sup> Lund 2005, wie Fußnote 13, 78.

<sup>58</sup> Thomsen 1971, wie Fußnote 18, 28f.

<sup>59</sup> Ebd., 28.

<sup>60</sup> Lund, Joachim: „Told- og møntunionsforhandlingerne“. In: Kirchhoff 2002, wie Fußnote 1, 465–466, hier 466. Erwähnt sei allerdings auch, dass es auf deutscher Seite Unstimmigkeiten über die Einrichtung einer Zoll- und Währungsunion mit Dänemark gab.

<sup>61</sup> Andersen 2003, wie Fußnote 10, 64.

<sup>62</sup> Ebd., 64.



gen zu untersuchen und darüber hinaus die möglichen Formen einer erweiterten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland zu diskutieren, wurde durch den Premierminister im Oktober 1940 der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland eingesetzt.

### *Formen der wirtschaftlichen Anpassung an Deutschland*

In den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland wurden neben Vertretern des Außen-, Landwirtschafts- und Handelsministeriums auch Vertreter der großen Wirtschaftsorganisationen wie Landwirtschafts- und Industrierat aufgenommen. Letztere hatten sich als starke Kritiker der Zoll- und Währungsunion herausgestellt.<sup>63</sup> Die Wirtschaftsvertreter lehnten eine solche Union zwar weiterhin ab, waren aber einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegenüber positiv gestimmt.<sup>64</sup> Interessant an der Arbeit des Ausschusses war also neben den inhaltlichen Fragen auch die Tatsache, dass die Wirtschaftsvertreter hier direkt an der politischen Arbeit beteiligt wurden, rein ökonomische Interessen und politische Überlegungen also miteinander konfrontiert wurden. Gleiches galt auch für die zentrale Rolle der Regierungsausschüsse, die über Warenlieferungen entschieden.<sup>65</sup> Die Arbeit des Ausschusses war von einem aktivistischen politischen Verhalten auf der einen Seite und einer abwartenden, attentistischen Haltung auf der anderen Seite geprägt. Während die eine Seite davor warnte, eine zu aktivistische Politik könnte die deutsche Dominanz über die dänische Wirtschaft noch erhöhen, war die aktivistische Seite von der Bedeutung einer selbständigen Anpassungspolitik überzeugt.<sup>66</sup> In einer gemeinsamen Erklärung im April 1941 betonte der Ausschuss, dass die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit nur hypothetischen Charakter hätten, solange der Krieg andauerte.<sup>67</sup> Sollten sich die deutschen Pläne einer Neuordnung Europas verwirklichen, sah man ein Hauptziel darin, einen noch größeren Schwerpunkt auf die Landwirtschaft zu legen. Dies würde natürlich den deutschen Interessen entgegenkommen, gleichzeitig aber auf Kosten der däni-

<sup>63</sup> Andersen 1998, wie Fußnote 11, 208.

<sup>64</sup> Ebd., 210.

<sup>65</sup> In diesem Zusammenhang könnte es aufschlussreich sein, die ökonomischen und politischen Kollaborationsinteressen zu analysieren, was allerdings über das Ziel dieser Arbeit hinausgeht.

<sup>66</sup> Andersen: Forberedelsen af en handelspolitisk tilpasning, 224.

<sup>67</sup> Ebd., 221.

schen Industrie gehen. Die Aufrechterhaltung der existierenden Industrieproduktion wurde als aussichtslos angesehen, sollten sich keine Absatzmöglichkeiten im Großwirtschaftsraum ergeben.<sup>68</sup> Die dänische Wirtschaft sollte der deutschen Planwirtschaft angepasst werden, indem man Export und Import von bestimmten Waren zu festen Mengen und Preisen festlegte, z. B. den Export von Butter und den Import von Kohle.<sup>69</sup>

Die Machtposition, die Deutschland bis ins Jahr 1941 innehatte, machte das Thema Planwirtschaft bereits während des Krieges zu einer wichtigen Frage. In seiner Rede vom 8. März 1941 erklärte Stauning, dass die Anpassung an Deutschlands Wirtschaft vor allem die Einführung der Planwirtschaft mit sich führte, welche auch deutliche Vorteile besäße gegenüber der Planlosigkeit, die bisher geherrscht hätte.<sup>70</sup> Die Öffentlichkeit sollte so auf die kommenden Änderungen vorbereitet werden – ein Zeichen dafür, dass die Arbeit des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland durchaus ernst zu nehmen war. Andersen hält fest, dass gerade durch diese Arbeit und die Äußerungen Staunings das Verständnis für die ökonomische Zusammenarbeit mit und die Anpassung an Deutschland erhöht wurde.<sup>71</sup> Schon im Juli 1940 schrieb die dänische Tageszeitung *Politiken*:

Es ist von vorneherein gegeben, dass Dänemark – und das wird auch für die übrigen nordischen Länder gelten – bereit ist zu einer loyalen und aktiven Mitarbeit in einem Europa, wo die unsinnigen Zoll- und Passgrenzen von einer planwirtschaftlichen Ordnung abgelöst werden.<sup>72</sup>

Die Tatsache, dass die Entwürfe der Ausschussmitglieder nicht im realitätsfernen Raum entstanden, sondern bereits auf einer Grundlage aufbauten, die ein Abrücken von den traditionellen Formen des dänischen Handels begünstigten, spricht ebenfalls für die Relevanz der Arbeit des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland.

<sup>68</sup> Andersen 2003, wie Fußnote 10, 207.

<sup>69</sup> Andersen 1998, wie Fußnote 11, 221.

<sup>70</sup> „Stauning i Studenterforeningen om ’Tidens politiske Opgaver’” 8. März 1941. In: *Frit Danmarks Hvidbog* 1945, wie Fußnote 44, 106ff.

<sup>71</sup> Andersen 2003, wie Fußnote 10, 213.

<sup>72</sup> „Det er paa Forhaand givet, at Danmark – og det vil ogsaa gælde de øvrige nordiske Lande – er rede til et loyalt og aktivt Medarbejde i et Europa, hvor de urimelige Told- og Pasgrænser afløses af en planøkonomisk Ordning.” Leitartikel „Danmark og det nye Europa”. In *Politiken* vom 14. Juli 1940, zitiert nach: *Frit Danmarks Hvidbog Bd. 2. Besættelsestiden i Dokumenter og Kommentarer*. Kopenhagen 1946, 374.

## **Zusammenfassung**

Die ersten Jahre der deutschen Besetzung Dänemarks standen für die Regierung Stauning-Scavenius unter dem Zeichen der Ausarbeitung einer politischen Linie, die sowohl den Status quo bewahren und damit eine Nazifizierung des politischen Systems verhindern als auch die Weichen für die Zukunft stellen sollte. Ohne die moralischen Fragen zu thematisieren, die sich bei der Zusammenarbeit einer Regierung mit einem diktatorischen Regime umgehend stellen, sind hier die Überlegungen und Einschätzungen der Politiker aus dem Kontext einer Zeit heraus betrachtet worden, die unter ganz anderen und heute glücklicherweise von der Geschichte überholten Vorzeichen stand. Die dänische Regierung entschied sich, wie aus den Aussagen der Politiker hervorgeht, der wirtschaftlichen und politischen Kontinuität im Lande zuliebe für eine Zusammenarbeit mit Deutschland. Wie gezeigt werden konnte, ergaben sich dabei besonders im wirtschaftspolitischen Bereich zentrale Fragestellungen. Um das Überleben der Wirtschaft zu garantieren, musste der dänische Handel ganz auf Deutschland ausgerichtet werden. Darüber hinaus wurden längerfristige Überlegungen zu einer Anpassung der dänischen Wirtschaft an die deutschen Großraumpläne angestellt.

Wie Lund anmerkt, war die dänische Anpassung an Deutschland 1940 bereits in vollem Gang.<sup>73</sup> Dies gilt vor allem für den Bereich der existentiellen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die deutsch-dänischen Handelsabkommen im Frühjahr 1940 kopelten die dänischen Handelsverbindungen ausschließlich an Deutschland. In Bezug auf die langfristigen, weiter reichenden Anpassungsüberlegungen herrschte jedoch nicht die von Stauning proklamierte einvernehmliche Vorgehensweise. Die Verhandlungen zur Zoll- und Währungsunion zeigen, dass es eine Grenze gab, die man von dänischer Seite nicht überschreiten wollte, auch nicht zu Zeiten, als Deutschlands Position unantastbar erschien.<sup>74</sup> Die Arbeit des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland macht deutlich, dass nicht alle Mitglieder die Einschätzung Staunings und Scavenius' teilten, dass eine frühzeitige Initiative gegenüber Deutschland tatsächlich Dänemarks Ausgangsposition in einem neu geordneten Europa verbessern könnte. Doch herrschte Einigkeit zwischen den beteiligten Politikern und auch den Wirtschaftsvertretern, dass gewisse wirtschaftliche Änderungen für die Zeit nach dem Krieg vorbereitet werden müssten. Der Wille, im Falle eines deutschen Sie-

<sup>73</sup> Lund 2005, wie Fußnote 13, 91.

<sup>74</sup> Vgl. Andersen 2003, wie Fußnote 10, 252.

ges zu einer Wirtschaft mit Schwergewicht in der Landwirtschaft zurückzukehren, erscheint gerade im Hinblick auf die vor dem Zweiten Weltkrieg durchlaufene Wandlung zu einer hoch technisierten Wirtschaft als großes Zugeständnis an Deutschland.

Die Einführung einer Planwirtschaft nach deutschem Vorbild fand sogar bereits während des Krieges Zustimmung. Die Bereitwilligkeit, gerade im wirtschaftlichen Bereich zu kooperieren und Zugeständnisse an Deutschland zu machen, war von der Hoffnung getragen, dadurch im politischen Bereich Selbständigkeit zu bewahren.<sup>75</sup> Bedenkt man jedoch das Konzept der Planwirtschaft, erscheint es fast unmöglich, hier eine Trennung von wirtschaftlichen und politischen Belangen zu bewerkstelligen. Die politischen Überlegungen zur Lage der Wirtschaft und die mit Deutschland geschlossenen Handelsabkommen zeigen vielmehr, wie eng wirtschaftliche Vorgänge mit politischen Entscheidungen verbunden sind. Eine Trennung des „inneren Lebens des Staates“<sup>76</sup> und des Wirtschaftslebens, wie Stauning sie in seiner Rede vom Januar 1941 vorgab, wäre kaum möglich gewesen. Auf der anderen Seite war die dänische wirtschaftliche Kollaboration, wie Giltner argumentiert, wahrscheinlich gerade der Grund, warum das Land seine Sonderstellung unter den besetzten Gebieten aufrechterhalten konnte.<sup>77</sup> Hinzu kam die relative Unvertrautheit der deutschen Seite mit Dänemark und ihr Wunsch, ein wirtschaftliches Chaos zu vermeiden.<sup>78</sup> Die Auffassung der Regierung Stauning, durch Verhandlungen mit Deutschland das Schicksal Dänemarks für die Zukunft positiv beeinflussen zu können, mag daher zu ihrer Zeit berechtigt gewesen sein. Die Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Fragestellungen der Jahre 1940/41 zeigt, wie eng diese Fragen mit dem Überleben des Landes unter der Besatzung verknüpft waren.

<sup>75</sup> Ebd., 259.

<sup>76</sup> Siehe Fußnote 46.

<sup>77</sup> Giltner 1998, wie Fußnote 17, 53.

<sup>78</sup> Ebd., 171.